



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Klein- und Mittelstädte im Anpassungsprozess

Wissenschaftliches Colloquium von ARL, DASL und BBR
am 15./16. Mai 2003 in Eisenach

Klein- und Mittelstädte prägen das städtische Siedlungssystem in Deutschland. Ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung als urbane Siedlungsform lässt sich an wenigen Zahlen festmachen: Fast die Hälfte der Bevölkerung des Bundesgebiets, 48,4 % bzw. 39,9 Mio. Einwohner, lebt heute in Klein- und Mittelstädten. Gut 48 % aller abhängig Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz in einer Klein- oder Mittelstadt. Ihr Anteil am bundesweiten kommunalen Steueraufkommen beträgt 46,5 % und am bundesweit vorhandenen Kaufkraftvolumen 47,7 %.

Gleichwohl stehen Klein- und Mittelstädte eher am Rande des politischen und wirtschaftlichen, des kulturellen und wissenschaftlichen Interesses. Dies gilt auch für die aktuelle Aufgabe „Stadtumbau“ und gab deshalb Anlass, sich im Rahmen des Wissenschaftlichen Colloquiums 2003 damit zu befassen. Dies taten rd. 120 Vertreter aus Wissenschaft und Praxis, die der Einladung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung nach Eisenach gefolgt waren.

Die Veranstaltung griff das Thema handlungsbezogen auf. Es ging um Klein- und Mittelstädte in West und Ost mit strukturellen Anpassungsproblemen. Diese können an einer Vielzahl von Strukturindikatoren festgemacht werden: z.B. starker Bevölkerungsrückgang, insbesondere aufgrund hoher Abwanderung, starke Arbeitsplatzverluste, hohe Arbeitslosigkeit, geringe Wirt-

schafts- und Kaufkraft. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Strategien und Konzepte, wie die Städte die strukturellen Anpassungsprobleme lösen können, um Multifunktionalität und Attraktivität der Städte zu erhalten.

Genereller Tenor der Diskussionen war, Schrumpfungsprozesse und daraus resultierende Anpassungsprozesse/-aufgaben nicht zu oder sogar nur negativ zu sehen. Für die betroffenen Städte gilt es, Schrumpfung als Tatsache zu akzeptieren und darüber zu kommunizieren mit dem Ziel, durch Strategien wie Anpassung, Sanierung, Wiedernutzung, Zwischennutzung, Rückbau, Renaturierung eine neue Qualitätsoffensive für den Lebensraum Stadt einzuleiten. Angesichts der Bedeutung von Klein- und Mittelstädten als urbane Lebensform ist die Gestaltung von Schrumpfungsprozessen eine Gemeinschaftsaufgabe. Bei knappen finanziellen Ressourcen verlangt sie allerdings einen effizienteren Einsatz von Fördermitteln. Ausgleichs- und Entwicklungsziele gleichzeitig und -rangig zu verfolgen, dürfte zukünftig noch schwerer fallen.

Dass Klein- und Mittelstädte keine homogenen Gruppen von Städten bilden, verdeutlicht schlagartig ein West-Ost-Vergleich: Noch leichte Bevölkerungszunahme und Wanderungsgewinne im Westen, starker Bevölkerungsrückgang und hohe Wanderungsverluste im Osten, noch leichte Arbeitsplatzgewinne (bis 4 %) im Westen, starke Arbeitsplatzverluste (an die 10 % im Zeitraum 1997–2001) im Osten, unterdurch-

Inhalt:

- Klein- und Mittelstädte im Anpassungsprozess
- Öffentlicher Raum und Stadtgestalt
- Aufbau eines Informationssystems für Raumordnungspläne
- Stadtentwicklung und Stadtverkehr
- ESPON-Programm 2006
- Dauerhafte Wohnungsverversorgung von Obdachlosen
- Fachveranstaltung „Mosaiksteine nachhaltiger Entwicklung“
- MORO: Programmschwerpunkte 2003–2006

Kleine Mittelstädte im West-Ost-Vergleich

Strukturindikatoren	Kleine Mittelstädte				
	Bad Vilbel	West	Bund	Ost	Wolfen
Bevölkerungsentwicklung in % 1997–2001	9,1	1,2	0,0	-5,2	-20,4
Gesamtwanderungssaldo je 1.000 E. 1999–2001	40,4	12,3	5,0	-25,7	-151,6
Arbeitsplatzentwicklung in % 1997–2001	35,3	4,1	1,1	-9,9	-20,8
Arbeitslosenquote in % 2000/2001	3,2	7,0	9,4	18,8	24,0
Realsteuerkraft in Euro je E., 1999/2000	933	308	276	135	82
Kaufkraft in Euro je E. 2002	22.194	17.093	16.301	12.850	12.142

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBR

Ansprechpartner:

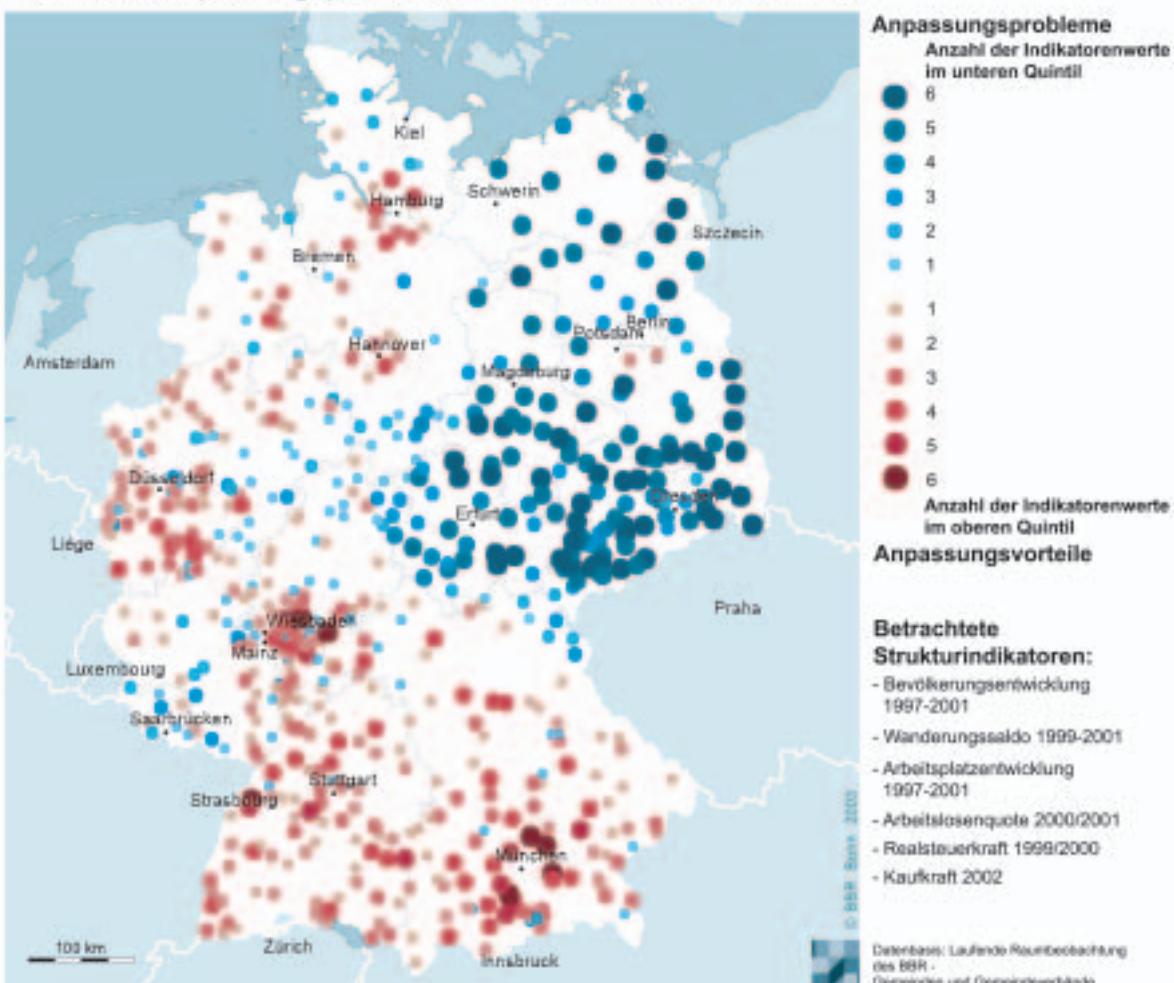
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Abteilung I „Raumordnung und Städtebau“

schnittliche Arbeitslosigkeit im Westen (um die 7 %), überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Osten (um die 18 %). Und auch bei der Realsteuerkraft und Kaufkraft sind die Unterschiede zwischen West und Ost eklatant.

Die regionale Verteilung der Städte mit **strukturellen Anpassungsproblemen** des Städtetyps „Kleine Mittelstädte“ (= Mittelzentren mit weniger als 50.000 Einwohnern) macht die enormen West-Ost-Unterschiede noch einmal beispielhaft deutlich. Die Städte mit den größten und meisten strukturellen Anpassungsproblemen (Anzahl der Indikatorenwerte im unteren Quintil) häufen sich im Osten, insbesondere im Süden des Ostens. Im Westen finden sich nur vereinzelt Städte mit strukturellen Anpassungsproblemen (siehe Karte). Die ganze Spannweite der Unterschiede zwischen West und Ost verdeutlichen beispielhaft die Städte Bad Vilbel (wachsend) und Wolfen (schrumpfend) (siehe Tabelle).

Das BBR wird am Thema bleiben. Weitere Informationen unter www.bbr.bund.de, Neues.

Strukturelle Anpassungsprobleme und -vorteile kleiner Mittelstädte



Öffentlicher Raum und Stadtgestalt

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2.2003

Die öffentlichen Räume gewinnen an Aufmerksamkeit. Dies zeigt sich in diversen Tagungen, Umfragen und Medienberichten. Auch in der kommunalen Praxis nimmt die Bedeutung dieser Stadträume zu. Dies spiegeln städtebauliche Projekte und Programme in Stadt und Land wider. Zum Teil wird in der Entwicklung der öffentlichen Räume gar die zentrale Aufgabe kommunaler Stadtplanung gesehen. Die Beiträge des soeben erschienenen IzR-Themenheftes „Öffentlicher Raum und Stadtgestalt“ setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit diesen Räumen auseinander.

Seit einiger Zeit öffnet sich die Fachdiskussion, geht über fachliche und institutionelle Grenzen hinaus, und sie bezieht übergreifende Zusammenhänge zwischen öffentlichen Räumen und Stadtgestalt mit ein. Dies war auch Anliegen einer gemeinsamen Fachtagung zum Thema „Öffentlicher Raum und Stadtgestalt“ von der Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) am 24. und 25. Mai 2002 in Chemnitz. Die Resonanz signalisiert ein wachsendes Interesse, das über die Gemeinschaft der Planenden hinaus auch Politik und Öffentlichkeit, Kultur und Wirtschaft erfasst.

In der Fachwelt differieren die Einschätzungen zwischen den Polen „Entwertung“ und „Renaissance“ öffentlicher Räume. Erfreulicherweise brechen vordergründige Konfliktlinien jedoch auf. Die Fachtagung hat eine große Bereitschaft gezeigt, gefestigte Positionen in Frage stellen zu lassen und andere Sichtweisen in eigene Überlegungen einzubeziehen. Darin liegt die Chance für eine weiterführende Klärung der Ausgangs- und Problemlagen sowie für eine konstruktive Diskussion über Entwicklungsperspektiven öffentlicher Räume.

Das vorliegende Themenheft soll zu diesem Klärungs- und Verständigungsprozess beitragen, indem Beiträge von der Chemnitzer Fachtagung sowie aus der laufenden Arbeit von BBR und DASL aufgegriffen werden. Damit wird vor vielfältigen Erfahrungshintergründen ein breites Spektrum an Einschätzungen über laufende Veränderungen und an Perspektiven für künftige Entwicklungen in öffentlichen Räumen in die Diskussion gebracht. Der thematische Bogen ist weit gespannt: von räumlichen, historischen und ge-

sellschaftlichen Dimensionen über kommunalpolitische Rahmenbedingungen bis hin zu planerischen Optionen.

In den Beiträgen findet sich gleichsam ein Kaleidoskop sehr unterschiedlicher Zugänge zum Thema. Es werden verschiedene Aspekte eines komplexen Diskussionsgegenstandes entfaltet. Die Betrachtungsebenen reichen von grundsätzlicher Auseinandersetzung mit städtischer Öffentlichkeit und öffentlichem Raum über die Beschäftigung mit den Wahrnehmungen und Sichtweisen verschiedener Akteure bis hin zu konkreten Projekt- und Verfahrensbeispielen aus der Praxis. Weiterhin werden spezielle Facetten beleuchtet und Blicke ins Ausland gerichtet. Schließlich werden Herausforderungen und Perspektiven für die Zukunft skizziert.



Foto: Klaus Selle



Das Heft kann beim Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
10,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

Ansprechpartner:

Bernd Breuer
Referat I 2 „Stadtentwicklung und Bodenmarkt“
Tel.: 018 88 – 401 22 68
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
Bernd.Breuer
@bbr.bund.de

Aufbau eines Informationssystems für Raumordnungspläne – Raumkategorien in der Landes- und Regionalplanung Workshop am 28./29. April 2003 in Bonn

Ein zentrales Steuerungsinstrument der Landes- und Regionalplanung sind gebietliche Festlegungen in Raumordnungsplänen. Als eine „Planung der Planung“, die selbst keine Projekte realisiert und auch nicht direkt die Bodennutzung bestimmen darf, muss sich die Landes- und Regionalplanung Anderer bedienen, um ihre Ziele zu verwirklichen und Spuren in der konkreten Flächennutzung zu hinterlassen. Im Vollzug sind Raumordnungspläne somit darauf angewiesen, dass öffentliche Stellen und in Grenzen auch Personen des Privatrechts Konzeption und Durchführung ihrer raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen an den Zielen der Raumordnung orientieren.

Neben der überzeugenden Wirkung ihrer Argumente kann die Landes- und Regionalplanung ein Handeln ihrer Adressaten im Sinne der raumordnerischen Intention durch die Ausweisung rechtsverbindlicher, gebietsbezogener Festlegungen herbeiführen. So gewährleisten Raumordnungsklauseln in zahlreichen Gesetzen, dass raumordnungsrechtlich verbindliche Festlegungen in Bauleitplan-, Baugenehmigungs-, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren beachtet oder berücksichtigt werden müssen. Raumordnungspläne enthalten gebietliche Festlegungen zur anzustrebenden Raumstruktur, Siedlungs- und Freiraumentwicklung, Infrastrukturausstattung, Forst- und Landwirtschaft, Rohstoff-sicherung, Energieversorgung oder zum Wasserschutz. Sie treten in Raumordnungsplänen in unterschiedlicher Form in Erscheinung:

- als Ausweisung von Raumkategorien (z.B. Verdichtungsräume oder ländliche Räume),
- als Ausweisung von zentralen Orten (z.B. Ober-, Mittel- oder Unterzentren),
- als Ausweisung von Raumordnungsgebieten (z.B. Vorrang-, Vorbehalts- oder Eignungsgebiete) sowie
- als nachrichtliche Übernahme von gebietlichen Festlegungen aus anderen Fachplanungen (z.B. Natura-2000-Gebiete oder Überschwemmungsgebiete des Hochwasserschutzes).

Der Rahmen, in dem die Länder ihre spezifischen Ansätze für gebietliche Festlegungen

entwickeln können, wird durch das Raumordnungsgesetz vorgegeben. Seine Flexibilität hat eine beachtliche föderale Vielfalt unterschiedlicher gebietlicher Festlegungsformen in Raumordnungsplänen ermöglicht. Wie diese gebietlichen Festlegungspraktiken bundesweit einheitlich erfasst und vergleichend analysiert werden können, wird zur Zeit vom BBR untersucht.

Geplant ist ein flächendeckendes, bundesweites Monitoring von gebietlichen Festlegungen mit der rechtlichen Festlegungsqualität von Zielen oder Grundsätzen der Raumordnung. Das Ziel ist der Aufbau und die Laufendhaltung eines Informationssystems für Landes- und Regionalpläne. Dieses Informationssystem soll in das bereits bestehende räumliche Informationssystem des BBR integriert werden und ist als Ergänzung der klassischen, aggregatstatistischen Raumbewertung gedacht. Ein solches Informationssystem für Raumordnungspläne kann die regionen- und ländergrenzenübergreifende Zusammenarbeit und Planung unterstützen und bundesweite Auswertungen und Vergleiche der Festlegungspraxis der Raumordnungsplanung ermöglichen. Weiterhin erfüllt ein solches Datenangebot wichtige Dienstleistungsfunktionen für bundesweite Planungen, wie beispielsweise den Bundesverkehrswegeplan, das Management vorsorgenden Hochwasserschutzes in Flusseinzugsgebieten oder den Aufbau eines nationalen Biotopverbundsystems.

Um erste Zwischenergebnisse des BBR vorzustellen sowie Verwendungsmöglichkeiten und Anwendungsgebiete für bundesweite Daten über gebietliche Festlegungen zu diskutieren, lud das BBR Vertreter aus der praktischen Landesplanung zu einem Workshop vom 28. bis 29. April 2003 nach Bonn ein. Referenten aus dem BBR und BMVBW sowie Experten aus Wissenschaft und Planungspraxis gestalteten das Vortragsprogramm. Neben methodischen Aspekten standen vorrangig Fragen der Vergleichbarkeit gebietlicher Ausweisungen in den einzelnen Ländern im Mittelpunkt der Diskussion.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurden Konzept, Aufbau und Nutzen eines bundesweiten Informationssystems für Raumordnungspläne thematisiert. Am Beispiel einer Synopse der Festlegungen zu Raumkatego-

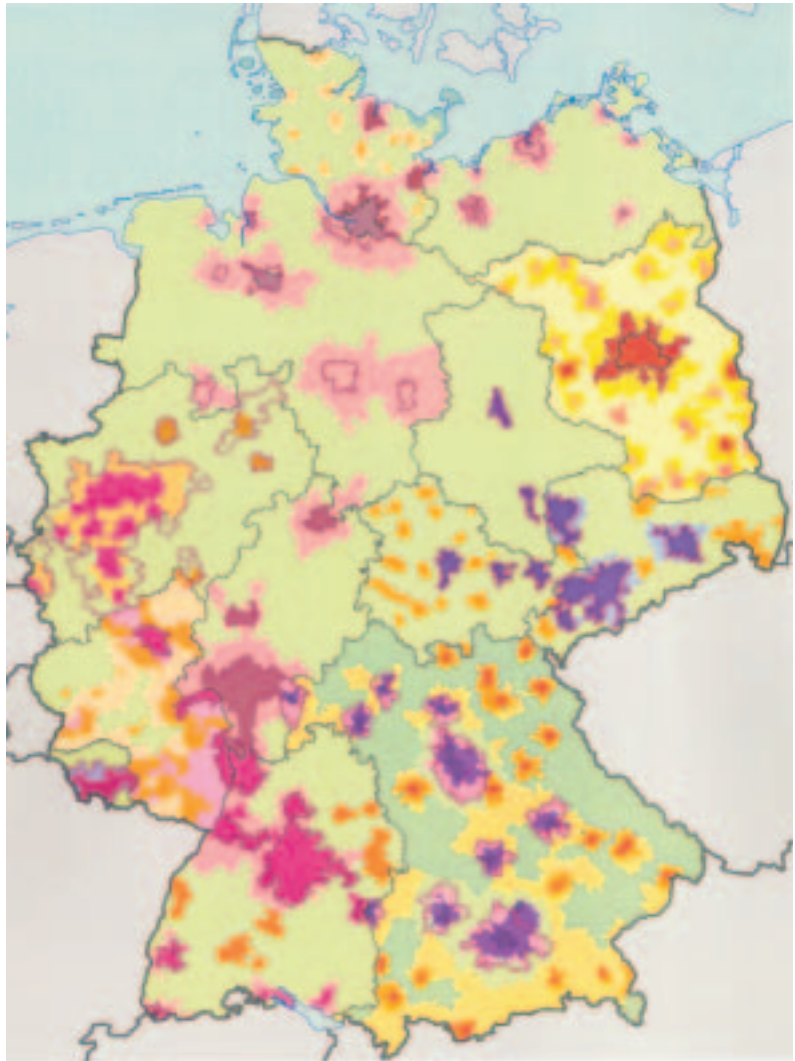
rien in Landesplänen, wie sie Verdichtungs-räume, Stadt-Umland-Bereiche oder ländliche Räume darstellen, wurde ein Überblick der etablierten Raumgliederungen der Länder gegeben und die jeweils verwendeten Kriterien und Schwellenwerte zur Abgrenzung der Raumkategorien vergleichend gegenübergestellt. Anschließend wurde der Bedarf für eine bundesweite Neuabgrenzung der Verdichtungs-räume diskutiert. Zwar liegt die letzte bundeseinheitliche Abgrenzung der Verdichtungs-räume durch die MKRO bereits zehn Jahre zurück, ein Bedarf für eine Neuabgrenzung wird von den Vertretern der Länder zur Zeit aber nicht gesehen, da in den meisten Fällen bereits eine Aktualisierung durch die Neuaufstellung von Landesplänen erfolgt ist bzw. in naher Zukunft erfolgen wird.

Am Beispiel der Bundesverkehrswegeplanung konnte in zwei Vorträgen die Bedeutung bundesweiter Daten über gebietliche Festlegungen in Raumordnungsplänen dokumentiert werden. So wurde die Rolle von Festlegungen zentraler Orte und anderer Raumkategorien in der Raumwirksamkeitsanalyse (RWA) beleuchtet und die Relevanz gebietlicher Festlegungen zum Freiraumschutz in Raumordnungsplänen im Rahmen der Umweltrisikoeinschätzung (URE) herausgestellt. RWA und URE sind beide Bestandteile des Verfahrens der Bundesverkehrswegeplanung.

Der erste Themenblock erhielt seinen Abschluss durch einen Vortrag, in dem eine Matrix zur Prüfung der rechtlichen Festlegungsqualität von gebietlichen Festlegungen in Raumordnungsplänen vorgestellt wurde. Im Auftrag des BBR und des BMVBW ist diese Matrix durch das Fachgebiet Regionalentwicklung und Raumordnung der Universität Kaiserslautern entwickelt worden. Mittels der Anwendung dieser Prüfmatrix wird beispielhaft für Festlegungen zum Freiraumschutz auf der Basis eines einheitlichen Kriterien-satzes aktuell eine bundesweite Analyse von Regionalplänen durchgeführt.

Im zweiten Teil des Workshops standen gebietliche Festlegungen zur langfristigen Hochwasservorsorge und die Integration von Natura-2000-Gebieten in Raumordnungspläne im Vordergrund der Diskussion. In einer Synopse der aktuellen Ausweisungspraxis von Gebieten zum Hochwasserschutz, die auf der Basis einer Umfrage unter den Ländern ermöglicht wurde, konnte eine erste Einschätzung des bereits erreichten Vorsorge-niveaus gegeben werden. Ergänzt wurde

Ausweisung von Raumkategorien in Landesplänen – Verdichtungs-/Ordnungsräume und ländliche Räume



diese bundesweite Darstellung durch zwei Vorträge, in denen einzelne Beispiele für die Hochwasservorsorge in Regionalplänen vorgestellt wurden. Ein Vortrag im Anschluss dokumentierte den erreichten Stand der Umsetzung von Natura 2000 in den Ländern. Ergänzt wurde diese Darstellung durch die Ergebnisse einer Befragung der Länder zum Umgang mit Natura-2000-Gebieten in Raumordnungsplänen.

Auf Grund des großen Anklangs, den die Veranstaltung bei den Teilnehmern gefunden hat, ist bereits für das nächste Jahr ein Workshop zur Erfassung der rechtlichen Festlegungsqualität von gebietlichen Ausweisungen in Regionalplänen geplant. Diese Veranstaltung des BBR wird sich vorrangig an Vertreter der Regionalplanungspraxis richten.

Ansprechpartner:

Klaus Einig
Referat I 1 „Raum-
entwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 23 03
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
Klaus.Einig@bbr.bund.de



ExWoSt

Aktuelle Informationen zum Forschungsfeld „Stadtentwicklung und Stadtverkehr“ finden sie im Internet unter:
http://www.bbr.bund.de/staedtebau/exwost/exwost_stadtverkehr.htm

Modellvorhaben

Schwerpunkt ÖPNV-gestützte Siedlungsentwicklung:

- Umlandgemeinden Münster
- Stadt Brandenburg
- Regionale Entwicklungszentren in Brandenburg
- Bremen/Oldenburg

Schwerpunkt betriebliches Mobilitätsmanagement:

- Dresden
- München
- Würselen

Sondergutachten

- Integrierte Erschließungskonzepte
- Umsetzungsstrategien ÖPNV
- Städtebauliche Lärminderung
- Infrastruktur-anpassung in Entleerungsgebieten

Endspurt im ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtentwicklung und Stadtverkehr“

Am 5. und 6. Mai wurde in Bremen der Erfahrungsaustausch innerhalb des ExWoSt-Forschungsfeldes „Stadtentwicklung und Stadtverkehr“ unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen (ISB)) fortgesetzt. Insgesamt nahmen 42 Forschungsfeldbeteiligte aus den Modellvorhaben, den Sondergutachterteams, dem begleitenden Expertenkreis sowie dem BBR und dem ISB (Forschungsassistent des ExWoSt-Forschungsfeldes) am Workshop teil.

Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung

Mit praktisch-innovativen Beiträgen werden in dem Forschungsfeld in sieben Modellvorhaben und vier Sondergutachten fördernde und hemmende Faktoren einer koordinierten Stadt- und Verkehrsentwicklung ermittelt, verkehrssparsame Strukturen analysiert sowie Dienste und Betriebsformen, die verkehrsaufwandsmindernde räumliche Strukturen unterstützen, untersucht und umgesetzt.

Ziel ist die Integration und regionale Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung mit der Intention, den Verkehrsaufwand speziell im Kfz-Verkehr zu begrenzen. Ergänzende Fachvorträge vermittelten auf dem Workshop wichtige Zusatzinformationen über erforderliche Rahmenbedingungen und flankierende Maßnahmen für solche Entwicklungen.

Die Bedeutung grenzüberschreitender/regionaler Arbeits- und Planungsprozesse und die Notwendigkeit für interkommunale Leitbilder betonte in seiner Begrüßungsrede Senatsbaudirektor Uwe Bodemann (beim Senator für Bau und Umwelt). In der Region Bremen-Niedersachsen gewinnen derartige Prozesse und Leitbilder durch die Konzeption eines interkommunalen Flächenmanagements und die Planung eines grenzüberschreitenden S-Bahn-Systems momentan an Bedeutung. In diesem Zusammenhang fügt sich das ExWoSt-Modellvorhaben in der Region Bremen-Oldenburg („Schiengestützte Siedlungsentwicklung in ausgewählten Gemeinden der Region Bremen-Oldenburg“) nahtlos ein.

Die zunehmend sich verändernden räumlichen Strukturen als verkehrserzeugende

Komponente problematisierte Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kutter (TU Hamburg-Harburg). Steigende Verkehrsbelastungen sind ein Ergebnis der wachsenden Austauschbeziehungen im Stadt-Umland-Verhältnis. Er betonte, dass nach wie vor eine aufeinander abgestimmte Verkehrs- und Raumplanung die Ausnahme bilde. Vor dem Hintergrund, dass 60 % des zusätzlichen Verkehrsaufkommens der letzten Jahre auf veränderte räumliche Strukturen zurückzuführen seien, habe der Grundsatz „Raumstruktur ist nicht alles, aber ohne Raumstruktur ist alles Nichts“ nach wie vor eine hohe Bedeutung.

Die überraschend problemlose Umsetzung der Gebührenerhebung für den motorisierten Eintritt in den zentralen Bereich Londons mit deutlichem Rückgang des Verkehrsaufkommens stellte Univ.-Prof. Dr. Rothengatter (Uni Karlsruhe) vor. Wenn auch so nicht übertragbar, ist zu beachten, dass ökonomische Instrumente bei Einbindung in eine umfassende Gesamtstrategie räumliche Zielvorstellungen unterstützen können. Deutliche Vorteile lägen insbesondere in der hohen Anpassungsfähigkeit der ökonomischen Instrumente an verschiedene Problemsituationen.

Auf Konzepte und Instrumente zur Förderung von Nutzungsmischung und Nachverdichtungen sowie daraus ableitbarer Erfahrungen ging Univ.-Prof. Dr. Jessen (Uni Stuttgart) ein. Insbesondere bezüglich der Nachverdichtung bestünden derzeit noch Defizite in der Wirkungsforschung, da stärker verdichtete Quartiere durchaus negative Folgewirkungen aufweisen könnten (z. B. Lärm, Schadstoffemissionen usw. aufgrund zusätzlichen Verkehrsaufkommens).

Philine Gaffron (TU Hamburg-Harburg) konstatierte auf Basis der Ergebnisse des im Rahmen des Forschungsfeldes angefertigten Sondergutachtens „Umsetzungsstrategien zur Koordination von ÖV-Erschließung und städtebaulicher Entwicklung“ erhebliche Probleme in der Koordination von Siedlungsentwicklung und ÖPNV-Infrastruktur. Die erforderliche Gleichzeitigkeit von Siedlungsplanung/-entwicklung und ÖPNV-Erschließung ist bislang eher Zufall.

Die Thematik **ÖPNV-gestützter Siedlungsentwicklung** ist Gegenstand in mehreren Modellvorhaben:

In der **Region Bremen-Oldenburg** konnten erste positive Erfahrungen bei der Anwendung bahnhofsbezogener Rahmenpläne als Koordinierungsinstrument gesammelt werden.

In vier Umlandgemeinden von Münster werden derzeit die Praxistests hinsichtlich der Umsetzbarkeit von Maßnahmen zur Stärkung von Standorten an ÖPNV-Achsen im suburbanen Umland durchgeführt.

Grundsätzlich andere Rahmenbedingungen weisen Schienenstandorte in Entleerungsräumen wie die **Regionalen Entwicklungszentren (REZ) im Land Brandenburg** auf. Hier wächst die städtebauliche Bedeutung des Brachflächenrecyclings. Dazu werden Entwicklungskonzepte unter Anwendung eines Nutzbarkeitsindex für verschiedene Branchen erarbeitet und ein innovatives Entwicklungsmanagement getestet.

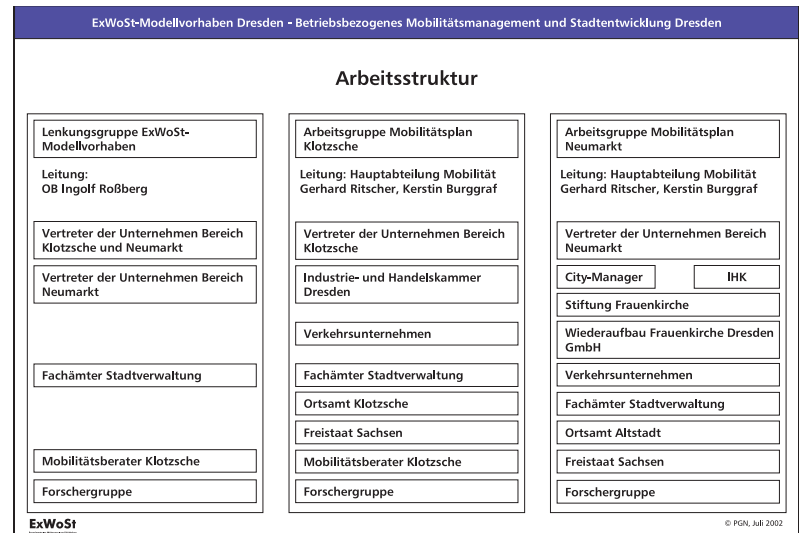
In der **Stadt Brandenburg a.d.Havel** wird das **Thema der Abstimmung von Stadt- und Verkehrsentwicklung vor dem Hintergrund des Stadtumbaus** behandelt. Hier zeigt sich deutlich, dass die notwendige Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und der Verkehrsangebote an rückläufige Bevölkerungszahlen zunächst nur als nachgeordnetes Problemfeld verstanden wird. Ursache dafür ist die starke Dominanz der wohnungswirtschaftlichen Belange und die in diesem Bereich zunächst notwendige Konsensbildung über Rückbaustrategien.

Stadtbaurat Trommer (Dezernent für Bauwesen der Stadt Bonn) gab zusätzliche Hinweise zu den **Erfordernissen und Möglichkeiten einer Abstimmung und Realisierung einer regionalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung**. Diese Hinweise stützen sich insbesondere auf gute Erfahrungen mit dem Freiwilligkeitsprinzip, einer externen Moderation und einer intensiven Kommunikation unter den Verwaltungen und politischen Entscheidungsträgern. Herr Trommer empfahl, Kooperationen nicht zu früh mit der Lösung konfliktbelasteter Aufgaben zu befrachten.

Was bringt Betriebliches Mobilitätsmanagement?

Die Umsetzung eines **Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)** ist Thema der drei Modellvorhaben **Dresden, München und Würselen**. In allen Untersuchungsgebieten wurden inzwischen breite Diskussions- und Umsetzungsprozesse angestoßen – teilweise durch erhebliche Unterstützung aus der Verwaltungsspitze (z.B. Oberbürger-

Mobilitätsmanagement Dresden



meister in Dresden). BMM wird dabei als Angebot an Investoren und Wirtschaftsunternehmen zur Verbesserung der betrieblichen Verkehrssituation und der Entwicklungsmöglichkeiten an bestehenden Standorten verstanden. Derzeit wird in den Modellvorhaben noch geprüft, ob es sinnvoll ist, BMM zum Bestandteil städtebaulicher Verträge oder anderer baurechtlicher Instrumente (z. B. der Stellplatzablösesatzung) zu machen.

Spürbare städtebauliche Wirkungen (z.B. durch Reduktion von Stellflächen für Pkw) treten zwar bisher nur selten auf. Volkswirtschaftlich betrachtet liegen die monetarisierten Nutzen der verkehrlichen Wirkungen jedoch deutlich über den Kosten für ein betriebliches Mobilitätsmanagement. Dieser Umstand hat in München inzwischen zum Beschluss des Stadtrates geführt, eine Stelle für einen kommunalen Mobilitätsmanager einzurichten. Dort sollen stufenweise die organisatorischen und planerischen Voraussetzungen für eine systematische Anwendung von BMM geschaffen werden.

Ziele erreicht?

Die sieben Modellvorhaben werden im Spätsommer ihre Arbeiten beenden. Die Forschungsassistentz (ISB) wird die Ergebnisse aus den Sondergutachten, Modellvorhaben und Kurzexptisen zusammenführen und insbesondere hinsichtlich der übertragbaren Handlungsempfehlungen auswerten. Auf der Fachveranstaltung „Mosaiksteine nachhaltiger Entwicklung“ am 27./28. Oktober 2003 im Bonner Wasserwerk wird im Themenblock „Statt Verkehr Stadt“ darüber berichtet.

Ansprechpartner:

Projektleitung:

Dr. Dieter Kanzlerski
Gerd Würdemann
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 22 34
Tel.: 018 88 – 401 23 02
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
Dieter.Kanzlerski
@bbr.bund.de
Gerd.Wuerdemann
@bbr.bund.de

Forschungsassistentz:

Institut für Stadt-
bauwesen und Stadt-
verkehr der RWTH
Aachen (ISB)
Mies-van-der-Rohe-
Straße 1
52074 Aachen
Tel.: 0241 – 802 62 02
Fax: 0241 – 802 22 47
E-Mail:
wehmeier@isb.rwth-
aachen.de



ESPON-Programm 2006 – das erste Jahr

Vor gut einem Jahr haben wir an dieser Stelle (in Heft Nr.1 / Februar 2002) über den Start des ESPON-Programms 2006 sowie über dessen Organisation und Ziele berichtet.

Zur Erinnerung: Das ESPON („European Spatial Planning Observation Network“) ist ein Forschungsnetzwerk zur politiknahen Beobachtung der europäischen Raumentwicklung bzw. Raumentwicklungspolitik. Es wird im Rahmen des INTERREG-Programms durchgeführt und besteht aus drei Hauptsträngen:

- Thematische Studien (Maßnahmenbereich 1)
- Wirkungsstudien (Maßnahmenbereich 2)
- Inhaltliche Koordination des Gesamt-Programms (Maßnahmenbereich 3)

Gegenwärtig werden 16 Projekte durchgeführt:

- Acht thematische Studien zur Analyse räumlicher Strukturen und Trends in Europa,
- sieben Projekte zur Analyse der räumlichen Wirkungen von Raumentwicklungs- und Fachpolitiken der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten,
- ein übergreifendes Koordinationsprojekt zur inhaltlichen Unterstützung der Durchführung des gesamten ESPON-Programmes einschließlich der Erstellung gemeinsamer „Werkzeuge“ (ESPON-Datenbasis, Indikatoren, Karten, Raumtypologien) und der Synopse von Schlussfolgerungen für die räumliche Entwicklung(spolitik).

Forschungsteams aus allen 15 EU-Mitgliedstaaten sind an einer oder mehreren transnationalen Projektgruppen (TPGs) beteiligt. Zur regionalen Streuung der Projektbeteiligten siehe auch die Karte im Internet unter folgender Adresse: http://www.espon.lu/online/documentation/network/transnational_pg/590/tpg_map.pdf

Deutsche Partner sind an insgesamt zehn ESPON-Projekten beteiligt. In drei Projekten kommt der Lead Partner aus Deutschland, in sieben weiteren Projekten sind – zum Teil mehrere – deutsche Projektpartner beteiligt.

Die Universität Kiel sowie das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Erkner bei Berlin) sind Lead Partner der transnationalen Projektgruppen TPG 2.1.1 und TPG 2.2.2 (vgl. Übersichtstabelle am Ende des Beitrags). Das BBR ist Lead Partner des Koordinationsprojektes 3.1 „Integrated Tools for European Spatial Development“.

Thematische Schwerpunkte der deutschen Projektpartner sind unter anderem:

- Städtesysteme und Polyzentralität
- transeuropäische Verkehrsnetze
- natürliche und technische Risiken
- räumliche Wirkungsanalysen von Fachpolitiken und Strukturfonds
- EU-Erweiterung

Ergebnisse des zweiten ESPON-Seminars

Die 16 zurzeit laufenden ESPON-Projekte haben im Frühjahr 2003 (je nach Starttermin teils erste, teils zweite) Zwischenberichte vorgelegt. Diese bildeten die Grundlage des zweiten ESPON-Seminars am 5. und 6. Mai 2003 in Panormo, Kreta, Griechenland. Teilnehmer des zweiten ESPON-Seminars waren die Lead Partner und Projektpartner aller Projekte, die Mitglieder des ESPON Monitoring Committees (einschließlich der Europäischen Kommission), die ESPON Contact Points sowie die ESPON-Koordinationsseinheit. Neben den EU-Mitgliedstaaten sind Norwegen, die Schweiz, Slowenien und Ungarn nun Vollmitglieder von ESPON und damit auch Mitglieder des Monitoring Committees.

Das ESPON-Seminar wurde gemeinsam von der Koordinationsseinheit und dem BBR als Lead Partner des Koordinationsprojektes 3.1 vorbereitet und durchgeführt. Wichtigstes Anliegen des Seminars war es, eine gemeinsame Plattform für das Verständnis der Ziele und erwarteten Ergebnisse des ESPON-Programms 2006 zu schaffen. Dabei ging es zum einen darum, einen Konsens der 16 Projekte herzustellen, um möglichst gemeinsame „ESPON-Ergebnisse“ (statt lediglich einzelner inkompatibler Projekt-Ergebnisse) zu erzielen. Zum anderen wurde versucht, einen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik über die erarbeiteten und zu erwartenden Ergebnisse herzustellen.

Während des Seminars hat die Europäische Kommission deutlich gemacht, dass schon in kurzfristiger Perspektive verwertbare Ergebnisse dringend benötigt werden, die für die anstehenden Aufgaben (Entwurf des Dritten Kohäsionsberichtes, Erarbeitung von Konzepten für die Reform der EU-Strukturfonds nach 2006) verwendet werden sollen. Das ESPON-Programm soll mit den folgenden Aufgaben dazu beitragen:

- Schaffung einer gemeinsamen regionalisierten Daten- und Indikatorenbasis für das Gebiet der 27 zukünftigen EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen und Schweiz,

Alle Zwischenberichte und weitere Informationen sind im Internet unter der Adresse www.espon.lu erhältlich.

Kontakt:

ESPON Contact Point für Deutschland:
Dr. Karl Peter Schön & Dr. Wendelin Strubelt
Tel.: 018 88 – 401 23 29

Projektbezogene Ansprechpartner:

Dr. Karl Peter Schön
Tel.: 018 88 – 401 23 29
Volker Schmidt-Seiwert
Tel.: 018 88 – 401 22 46
Lars Porsche
Tel.: 018 88 – 401 23 51
Martin Spangenberg
Tel.: 018 88 – 401 22 35

- Schaffung geeigneter Analyse- und Kartographie-Werkzeuge,
- Klärung und Operationalisierung zentraler Begriffe der europäischen Raumordnung (territorialer Zusammenhalt, Polyzentralität und Erreichbarkeit, ausgewogene Entwicklung),
- Analyse der Grundstrukturen des europäischen Territoriums (Städtesystem, Vernetzung),
- Analyse der räumlichen Wirkungen europäischer Politiken (Regionalpolitik, trans-europäische Netze, Agrarpolitik, F&E-Politik),
- Schlussfolgerungen und europäische Politikempfehlungen.

Diese Themen bildeten zugleich die Hauptstruktur der Präsentationen und Diskussionen während des zweiten ESPON-Seminars.

Fazit und nächste Schritte

Das Seminar hat gezeigt, dass die meisten TPGs sehr gute Zwischen-Ergebnisse geliefert haben, was die Bildung einer gemeinsamen Plattform erleichtert hat. Damit wurde nicht nur für die kurzfristige Perspektive, sondern auch für die langfristigen Arbeiten ein gutes Fundament geschaffen. Die nächste Runde der ESPON-Zwischenberichte erfolgt im September 2003. Das dritte ESPON-Seminar findet im Oktober 2003 in Italien statt.

Überblick über alle ESPON-Themen und -Projekte

Priority 1

1.1 Polycentric Development and urban rural-relations

- 1.1.1 The role, specific situation and potentials of urban areas as nodes of polycentric development
- 1.1.2 Urban-rural relations in Europe
- 1.1.3 Particular effects of enlargement of the EU and beyond on a polycentric spatial tissue with special attention on discontinuities and barriers
- 1.1.4 The spatial effect of demographic trends and migration (start 2004)

1.2 Access to infrastructure and knowledge

- 1.2.1 Transport services and networks: territorial trends and basic supply of infrastructure for territorial cohesion
- 1.2.2 Telecommunication and energy services and networks: territorial trends and basic supply of infrastructure for territorial cohesion. The role, specific situation and potentials of urban areas as nodes of polycentric development.
- 1.2.3 Identification of spatially relevant aspects of the information society

1.3 Natural and cultural heritage

- 1.3.1 The spatial effects and management of natural and technological hazard in general and in relation to climate change
- 1.3.2 Territorial trends in the management of the natural heritage
- 1.3.3 The role and spatial effects of cultural heritage and identity

Priority 2

2.1 The territorial effects of sector policies

- 2.1.1 Territorial impact of the EU transport and TEN policies
- 2.1.2 Territorial impact of the EU research and development policy
- 2.1.3 The territorial impact of CAP and rural development policy
- 2.1.4 Territorial trends of energy services and networks and territorial impact of EU energy policy

2.2 Structural Funds and related funds

- 2.2.1 The territorial effects of the Structural Funds
- 2.2.2 Territorial effects of the 'Aquis Communautaire', Pre-accession Aid and Phare/Tacis/Meda Programmes
- 2.2.3 Territorial Effect of Structural Funds in Urban Areas

2.3 Institutions and instruments of spatial policies

- 2.3.1 The application and effects of the ESDP in the Member States
- 2.3.2 The co-ordination of territorial and urban oriented policy from the EU to the local level

Priority 3

3 Co-ordinating and cross-thematic projects

- 3.1 Integrated tools for European spatial development
- 3.2 Spatial scenarios and orientations towards the ESDP and the Cohesion Policy

Priority 4

4 ESPON Research briefing and scientific networking

- 4.1 Data navigator: preparatory surveys on data access



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 11,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

Ansprechpartner:

Mathias Metzmacher
Referat II 12
„Wohnungspolitische
Analysen und Berichte“
Tel.: 018 88 – 401 14 22
Fax: 018 88 – 401 12 19
E-Mail:
Mathias.Metzmacher
@bbr.bund.de

Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen Endbericht zur Nachuntersuchung

Werkstatt: Praxis 3/2003

Können ehemals Wohnungslose im normalen Wohnungsbestand dauerhaft untergebracht werden? Unter welchen Bedingungen kann eine solche Integration gelingen? Wie kann sich die gesamte Lebenssituation durch den Bezug eine regulären Wohnung positiv verändern? Welche Erfahrungen liefern die Modellprojekte hierzu?

Dieses sind zentrale Fragen der Nachuntersuchung zum ehemaligen ExWoSt-Forschungsfeld „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“, deren Ergebnisse jetzt in der Reihe Werkstatt Praxis als Veröffentlichung vorliegen. Gegenstand der Nachuntersuchung war die Evaluierung von sieben Modellvorhaben aus dem damaligen Forschungsfeld sowie von zusätzlich vier Referenzprojekten, die nicht unter ExWoSt-Bedingungen entstanden sind. Entscheidende Auswahlkriterien für die Projekte waren u.a. die Schaffung von Wohnungen mit allgemein üblichen, zeitgemäßen Ausstattungsstandards und mit langfristigen Belegungsbindungen zu Gunsten der Zielgruppe.

Ergebnisse der Nachuntersuchung

Aufgabe der Nachuntersuchung war es, die Wohnprojekte vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer Entwicklung in der Nutzungsphase zu evaluieren. Dementsprechend stand die Dauerhaftigkeit der Wohnungsversorgung vor dem Hintergrund der individuellen „Wohnkarrieren“ der Haushalte sowie der in Anspruch genommenen sozialen Unterstützungsleistungen im Zentrum des Interesses.

Zu den Ergebnissen der Nachuntersuchung gehören u.a.:

- Die mit der Nachuntersuchung festgestellte Dauerhaftigkeit der Wohnverhältnisse bei einem Großteil der Haushalte zeigt, dass die Wohnprojekte insgesamt erfolgreich waren. Die weit überwiegende Mehrzahl der insgesamt in den Projektwohnungen begründeten Mietverhältnisse konnte gehalten werden.
- Die Normalisierung der Wohnverhältnisse hat bei den Haushalten den erwarteten Effekt einer Stabilisierung der gesamten Lebensverhältnisse, insbesondere einer sozialen Integration bewirkt.
- Entscheidend für den Erhalt der Wohnung sind eine sozial orientierte Wohnungsverwaltung und Vermietungs-

praxis sowie die Bereitstellung geeigneter sozialer Betreuung im Bedarfsfall. Dabei wird die soziale Betreuung bei einem Teil der Haushalte lediglich vor und unmittelbar nach Bezug der Wohnung benötigt, bei anderen Haushalten aber auch längerfristig.

- Die Sicherstellung eines dauerhaften sozialen Unterstützungs- und Betreuungsangebotes ist für den weiteren Erfolg der Projekte entscheidend; angesichts der häufig ungesicherten dauerhaften Finanzierung bestehen hier die größten Risiken für den Fortgang der Projekte.
- Rund zwei Drittel der in den Wohnprojekten lebenden Haushalte könnten bei geeigneter sozialer Unterstützung auch im regulären Wohnungsbestand untergebracht werden, sofern die begleitenden Rahmenbedingungen insbesondere der sozialen Unterstützung gegeben sind.
- Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen am Wohnungsmarkt, den bisherigen Erfahrungen mit Kooperationen und den Möglichkeiten von Kooperationen im Rahmen des Wohnraumförderungsgesetzes wird empfohlen, zur Erreichung von Mengeneffekten diese Ansätze zur Versorgung wohnungsloser Haushalte im Normalwohnungsbestand weiter auszubauen.
- Problematisch für die Umsetzung einer Unterbringung im Normalwohnungsbestand sind noch ausgeprägte Vorbehalte weiter Teile der Wohnungswirtschaft. Die Ergebnisse der Haushaltserhebung weisen aber detailliert nach, dass für zwei Drittel der Haushalte die Perspektive besteht, im Normalwohnungsbestand bei sozial orientierter Vermietungspraxis und geeigneten sozialen Unterstützungsangeboten zu leben. Die Kommunen sollten hier ihre vielfach erprobte Moderatorenrolle zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialträgern weiter fortführen und insbesondere im Rahmen von Kooperationsmodellen entsprechende Belegungspotenziale zugunsten der Zielgruppe erschließen.

Insgesamt belegen die Ergebnisse den Erfolg der Wohnprojekte. Methodisch ist die Nachuntersuchung interessant, als hier eine wirkliche Evaluation von Modellprojekten stattgefunden hat.

Mosaiksteine nachhaltiger Entwicklung

Fachveranstaltung am 27./28. Oktober 2003 im Wasserwerk, Bonn



Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) lädt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) kommunale Vertreter, Forschungsinstitute und Fachverbände zur Fachveranstaltung „Mosaiksteine nachhaltiger Entwicklung“ am 27./28. Oktober 2003 nach Bonn ein.

Mit dieser Fachveranstaltung soll Bilanz gezogen werden, was der Städtebau bisher zum Erreichen der Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beigetragen hat und wie zukünftig die Umsetzung der Ziele forciert werden kann. Auf dem Prüfstand steht insbesondere das Bundesforschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ mit seinen bisherigen Ergebnissen und der zukünftigen Schwerpunktsetzung. Als Maßstab hierfür gilt die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit den zentralen Eckpunkten Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung.

Am ersten Tag der Veranstaltung werden die Ergebnisse aus den Forschungsfeldern „**Städte der Zukunft**“, „**Stadtentwicklung und Verkehr**“ und „**Neue Kooperationsformen**“ vorgestellt. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- Welche Aspekte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden aufgegriffen?
- Mit welchen Maßnahmen/Strategien konnten Innovationen für eine nachhaltigere Entwicklung aufgezeigt werden?
- Welche Fragen bleiben offen?

Mit den Referaten und Podiumsdiskussionen des zweiten Tages sollen Erfolge und Grenzen der gegenwärtigen Städtebaupolitik bei der Umsetzung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung gezeigt und Möglichkeiten der Weiterentwicklung diskutiert werden. Dabei werden die Perspektiven des Bundes, des Nachhaltigkeitsrats und der Kommunen berücksichtigt.

Mit dem Referat „**Beitrag des Städtebaus zur Umsetzung der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**“ soll gezeigt werden, was die derzeitigen Instrumente (Gesetzgebung, Städtebauförderung) leisten. Dazu wird das 2003 initiierte neue Forschungsfeld „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ des

ExWoSt-Programms vorgestellt. Es greift insbesondere städtebauliche Handlungsmöglichkeiten für eine Reduktion der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungszwecke bei verändertem Wohnungsbedarf und veränderten Wohnansprüchen auf.

Inwieweit die heutige Städtebaupolitik den ökonomischen und sozialen Anforderungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gerecht wird, ist Thema des zweiten Beitrags „**Hin zur Umsetzung einer nachhaltigen Siedlungs- und Stadtentwicklung – Prioritäten aus ökonomischer und sozialer Perspektive**“.

Kommunen stehen – je nach ihrer wirtschaftlichen Situation – vor sehr unterschiedlichen Aufgaben, um eine nachhaltige Siedlungs- und Stadtentwicklung zu erreichen. Die Podiumsdiskussion „**Projekte und Maßnahmen nachhaltiger Stadtentwicklung in der Städtebaupraxis**“ greift auf, welche Standards/Ziele bei der Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen erreicht werden können.

In der abschließenden Podiums- und Plenumsdiskussion „**Sind die Weichen richtig gestellt?**“ wird ein Fazit gezogen, ob die Ziele und innovativen Ansätze von heute die Anforderungen an eine nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung von morgen – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen Polarisierung und regionalen Disparitäten – berücksichtigen.

Ein ausführliches Programm der Veranstaltung ist unter www.bbr.bund.de, Neues, Termine/Veranstaltungen veröffentlicht.

Anmeldungen zur Teilnahme an der Fachveranstaltung können gesandt werden an:

Maren Koch
Runze & Casper
Werbeagentur GmbH
Linienstraße 214
10119 Berlin
Tel.: 030 – 280 18 171
Fax: 030 – 280 18 300
E-Mail: koch@runze-casper.de

Ansprechpartner:

Anja Röding
Dr. Karin Veith
Referat I 2 „Stadtentwicklung und Bodenmarkt“
Tel.: 018 88 – 401 22 37
Tel.: 018 88 – 401 22 97
Fax: 018 88 – 401 23 15
E-Mail:
Anja.Roeding@bbr.bund.de
Karin.Veith@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66
web: <http://www.bbr.bund.de>

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockschecker

Druck

Dienstleistungszentrum Druck im BBR

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 3/2003 – Juni

ISSN 1434 – 9590



... das Ausschreibungsverfahren läuft!

Für die kommenden drei Jahre werden zwei Themen im Mittelpunkt des Aktionsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) stehen:

- Nachhaltige Siedlungs(flächen)entwicklung
- Infrastruktur und demographischer Wandel

Das Ausschreibungsverfahren hat mit der öffentlichen Ankündigung der neuen Programmphase in Dessau am 27. Mai 2003 begonnen. Eingeladen zur Teilnahme sind innovationsfreudige Akteure auf der kommunalen und regionalen Ebene.

Das Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ läuft seit 1995 und stand bis dato im Zeichen der Erprobung neuer Formen der interkommunalen und regionalen Kooperation. Innovationen in der Prozessgestaltung haben MORO ausgezeichnet. Dafür stehen z. B. das FORUM Städtenetze, die Modellvorhaben „Regionen der Zukunft“ oder auch das durch die Sammlung guter Beispiele unterstützend

Die Ausschreibungsbroschüre kann bezogen werden über:
Stefanie Lier
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Referat Z 6
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
E-Mail: Stefanie.Lier@bbr.bund.de

wirkende Projekt „Regionales Flächenmanagement“.

Ausgehend von der mittlerweile vielerorts erreichten Etablierung interkommunaler oder regionaler Kooperationen ist die neue Programmphase stärker konzentriert auf Produkte, also auf konkrete, unmittelbar raumrelevante Ergebnisse der Prozesse vor Ort, in den Regionen.

Die beiden Themenschwerpunkte spiegeln Rahmenbedingungen wider, die planerisches Handeln heute und in Zukunft maßgeblich prägen: Zum einen verleiht die nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit ihrem „30-ha-Reduktionsziel“ Konzepten und Instrumenten einer ressourcensparenden Flächennutzung Nachdruck. Zum anderen stellt der demographische Wandel veränderte Anforderungen an die Infrastrukturplanung.

In beider Hinsicht sind Innovationen gefragt: Mit Blick auf die Siedlungsflächenentwicklung solche, die der zähen Problematik durch regionale Lösungsansätze begegnen; beim demographischen Wandel solche, die durch Infrastrukturkonzepte den Veränderungen und der wachsenden Dynamik Rechnung tragen.

Drei Kriterien sollen bei der Erarbeitung der Konzepte und beim Instrumenteneinsatz eine Orientierung geben: **Modernisierung, Vernetzung und Flexibilität**. Informationen dazu, welche Vorstellungen sich hinter diesen Kriterien verbergen und wie eine „Qualitätskontrolle“ aussehen kann, enthält die o.a. **Ausschreibungsbroschüre „Modellvorhaben der Raumordnung – Programmschwerpunkte 2003–2006“**. Die Ausschreibungsfrist endet am 31. August 2003.